

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 168.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Abendblatt für Halle und Umkreis 2.00 Mk., das für Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr 6 Mk., halbjährlich 12 Mk., jährlich 24 Mk. — Halle: Verleger: Carl Schönbach, Verlags- und Druckerei-Gesellschaft. — Halle: Druckerei: Carl Schönbach, Verlags- und Druckerei-Gesellschaft.

Zweite Ausgabe

Abendblätter für die hiesigen Kreise oder deren Raum für Halle und den Umkreis 20 Pf., auswärts 30 Pf., Resten am Ende des Monats 2 Mk. 10 Pf., halbjährlich 10 Mk., jährlich 20 Mk. — Halle: Verleger: Carl Schönbach, Verlags- und Druckerei-Gesellschaft.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße 87, Hinterhaus, Eingang Nr. Braubauerstr., Telefon 158; Redaktions-Telephon 1272. — Verleger: Dr. Walter Oescheleben in Halle a. S.

Sonnabend, 8. April 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30, Telefon Amt VI Nr. 16290, und Berlin von Otto Zietze in Halle a. S.

Französische Einwendungen gegen den englisch-amerikanischen Schiedsvertrag.

Der Londoner Korrespondent des „Times“ droht seinem Blatt folgende Ausführungen über die englisch-amerikanischen Verhandlungen:
Der englische Vorkämpfer in Washington Bruce scheint alle Anstrengungen zu machen, um den Abschluss des unbeschränkten Schiedsvertrages, von dem sich das liberale England einen so großen Erfolg verspricht, herbeizuführen. Aber trotz des guten Willens von beiden Seiten erscheint ein Abschluss eines Vertrages dieser Art von Tag zu Tag unwahrscheinlicher. Der stellvertretende „Morning Post“ in Washington, der im allgemeinen sehr gut unterrichtet ist, verleierte eben erst, dass Präsident Taft auf dem Standpunkt steht, alle Fragen aus dem Schiedsvertrage auszuschließen, die irgendwelche Rechte der Amerikaner betreffen. Man fragt sich natürlich, was dann noch der ganze Vertrag zu bedeuten hat. Denn alle Streitigkeiten, die gegenwärtig zwischen England und den Vereinigten Staaten bestehen, sind solche, die die Amerikaner nicht einem Schiedsgericht unterwerfen können, ohne die ganze Tradition ihrer Politik preiszugeben. „Daily Graphic“ erinnert daran, dass dies zum Beispiel der Fall ist mit der Frage des Panamakanals. Die Amerikaner behaupten, dass der Vertrag Hay-Bunaucoffe ihnen das Recht gibt, den Kanal zu besetzen. Sie haben niemals England um seine Zustimmung über diese für sie so enorm wichtige Angelegenheit gefragt, obwohl England niemals die Auslegung des Vertrages zugestimmt hat.
Ebenso liegt die Sache bei einer noch wichtigeren Frage, nämlich dem amerikanischen Zolltarif. Durch den Vertrag von 1815 haben die Vereinigten Staaten dem englischen Waren die Weißbegünstigung zugesichert. Trotzdem erklärte die amerikanische Regierung seit 40 Jahren, dass dieser Vertrag nie nicht veröffentlicht, auf den englischen Handel die Zollbegünstigung auszubehalten, die andere Waren als Gegenleistung für ihre Zollermäßigungen erhalten haben. Diese Auslegung des Vertrages ist für England um so verwerflicher, als es selbst den amerikanischen Waren Zollfreiheit gewährt. Und es wird noch verwerflicher für England von dem Augenblick ab, wo Kanada die Vereinigten Staaten nach einem günstigeren Zolltarif behandelt als das Mutterland. Es ist aber ganz klar, dass die Vereinigten Staaten niemals darin einwilligen würden, ihre Zollpolitik einem internationalen Schiedsgericht zu unterwerfen. Selbst wenn der amerikanische Senat dem neuen Vertrag eine bessere Aufnahme bereiten sollte wie dem von 1897, so sieht man doch nicht ein, was der praktische Nutzen eines Schiedsvertrages sein soll, von dem man alle wichtigen Streitfragen von vornherein ausnimmt.

Deutsches Reich.

* Der Besuch des Kronprinzenpaares in Rom. Der König von Italien und der deutsche Kronprinz besichtigten am Freitag vormittag die Altarfeierstätte, wo die Wundheilung lebendig auszuführen. Später begaben sich der König und der Kronprinz nach der Kaserne des zweiten Grenadier-Regiments und lobten bei strömendem Regen nach der Piazza Santa Croce, wo sie die Parade über ein Kavallerie- und ein Artillerie-Regiment abnahmen. Dann fuhren sie im Automobil nach dem Quirinalpalast. Das Publikum bereitete ihnen überall begeisterte Kundgebungen. Nachmittags begaben sich der König und die Königin mit ihren Gästen im Automobil nach dem königlichen Schloss Castel Porziano. Zu dem abends zu Ehren des Kronprinzen und der Kronprinzessin bei dem Volkshaus v. Ragosa stattgefundenen Diner waren u. a. geladen: Ministerpräsident Giolitti, der Minister des Äußeren Marquis di San Giuliano, der Generalsekretär im Ministerium des Äußeren Volpert, der Minister des Königl. Hofes Santolucci, Prinz und Prinzessin Wilhelmine, der bayerische Gesandte Freiherr von und zu der Lann, der italienische Ehrenkondottiere, das Gefolge der Kronprinzlichen Herrschaften und die Damen und Herren der Hofgesellschaft. Nach dem Diner kam eine Soiree statt.

* Wiederherstellung des Interkontinentalkanals Dr. Köhner. Wie uns mitgeteilt wird, wird der Interkontinentalkanal Dr. Köhner, der seiner künftigen Wiederherstellung entgegengeht, in den nächsten Wochen im Reichslandamt zurückgeworfen.

* Viehquarantäne. Wie das W. L. Z. meldet, habe der Bundesrat in seiner letzten Sitzung neue Bestimmungen über die Quarantäne des zweitwärts eingehenden Viehes angenommen. Die jetzt vorgeschriebene Tuberkulinsprobe solle vom 1. Juli d. J. ab wegfallen und durch eine klinische Untersuchung ersetzt werden. Bei der Beratung der Vorlage sei namens der preussischen Regierung beantragt worden, dass sie beschlossen habe, unter gewissen Voraussetzungen eine staatliche Quarantäneanstalt in Sagan einzurichten, über die nach den geltenden Bestimmungen auch schwedisches und norwegisches Vieh würde eingeleitet werden können.

* Die Unfall-Kassen der Knappschafts-Vereinsvereine beschließen sich im Jahre 1910 auf rund 34 Millionen Mark. Die Einnahmen an Zinsen usw. betragen über 2 Millionen Mark, so dass noch etwa 32 Millionen Mark von den Arbeitgebervereinigungen jetzt eingezogen werden müssen. Von der Gesamtlast entfallen rund 20 Millionen Mark auf die den Verletzten und deren Hinterbliebenen gezahlten Renten; die Unterhaltung und Bezahlung der Unfälle sowie die Unfallversicherung verursachten nahezu 1 Millionen Mark Ausgaben, etwa die gleiche Höhe erreichten die Verwaltungskosten. Zur Tilgung der schwedischen Schuld an die Post und zur Bekämpfung des Arbeiterfonds waren 2 Millionen Mark erforderlich. Dem Reservefonds wurden mehr als 4 Millionen Mark zugewiesen, wodurch dieser Fonds auf nahezu 68 Millionen Mark gestiegen ist.

* Die sog. Nebenbahnvorlage wird dem Landtage unmittelbar nach der Osterpause zugehen. Die Beschlüsse der Nebenbahnvorlage trifft zwar längst nicht mehr vollständig zu, jedoch die Kosten der Vernehmung der Gleise der bestehenden Bahnen, ihrer Elektrifizierung und der Veranschlagung der Betriebsmittel in diese Vorlage aufgenommen werden. In dem laufenden Jahre trifft diese Beschlüsse aber weniger dem je, denn die Vorlage wird beträchtliche Forderungen für die Anlage neuer Hauptbahnhaltungen enthalten, demgegenüber die Forderungen für neue Nebenbahnhaltungen einigermassen zurücktreten. Ferner wird neben den bereits aus dem Eisenbahnbudget befreiten Poststellen für Erweiterung der Gleisanlagen der bestehenden Bahnen und Veranschlagung ihres Fahrplans die diesjährige Vorlage beträchtliche Forderungen für die Elektrifizierung von Hauptbahnen bringen. Zunächst wird, wie schon gestern mitgeteilt, die zweite Strecke der elektrifizierten Bahn Magdeburg-Wittenberg in der Vorlage vorgelegt sein. Zudem aber wird darin auch eine Forderung für die Elektrifizierung der schlesischen Gebirgsbahn von Rastow bis Königszell enthalten sein. Die beiden bei in Rede stehenden Linien bieten nach verschiedenen Richtungen hin beträchtliche Verdienstmöglichkeiten. Die Linie von Magdeburg nach Wittenberg läuft durchgängig über die Ebene, während, worauf ja auch der Name bereits hinweist, die schlesische Gebirgsbahn sehr beträchtliche Steigungen aufweist. Bei der ersten genannten Linie soll ferner die elektrische Kraft durch ein staatliches Kraftwerk in Wittenberg im Anschluss an die dortige Braunkohlenerzeugung geliefert werden, während für die schlesische Linie die Lieferung der Kraft durch ein von den großen Elektrizitätsgesellschaften angelegtes Kraftwerk, dessen Bestimmungsort noch nicht ganz sicher ist, geliefert werden soll. So werden beide Linien in ihrem Zusammenhang die Möglichkeit bieten, die ökonomische Seite der Verwendung der Elektrizität als Kraftstoff für Volkswagen nach allen Richtungen auszunutzen. Nach der ökonomischen Seite unterliegt die Verwendung der Elektrizität als Kraftstoff selbst für Schnellbahnen nicht mehr dem mindesten Zweifel, denn doch auf der bereits im Betrieb befindlichen Strecke der Linie Magdeburg-Wittenberg elektrische Lokomotiven völlig erprobt worden, mit denen eine Schvierigkeit liefen sich eine Schnelligkeit der Beförderung der Linie von 130 Kilometern in der Stunde erreichen lässt. Technisch also würden sich selbst die idyllischen internationalen Zugzüge mit elektrischer Kraft befördern lassen. Ueber die Kosten aber werden die Erfahrungen auf den beiden demnächst elektrisch betriebenen Volkswagen der preussischen Staatsbahnverwaltung jeden Zweifel beseitigen.

Preussischer Landtag.

Oberhaus.

9. Sitzung vom 7. April, II. U. S. Am Ministertisch: v. Zott zu Solz, Schwarzbach, Kullstedt.

Die allgemeine Aussprache wird fortgesetzt.
Kardinal Dr. Kopp: Der Modernismus bringt durchaus nichts Neues. Einzelne wenige aus ihm in katholischer Wendung mögen vom Glauben übergeht sein. Die Unversittlichkeit, die sich in ihm offenbart, ist ein furchtbares Übel. Urteile, halten an der Ansicht fest, dass der Eid durchaus seine neue Bindung bringt. Man glaubt man, der Eid verleihe die Würde der Unversittlichkeit. Der Papst hat aber wiederholt erklärt, dass der Eid nur ein innerweltliches Gebot beruhe. Der Papst hat doch die Pflicht, den katholischen Glaubenssatz zu halten. Der Eid ist nur die festerste Form eines schon bestehenden Verpflichtung. Der Papst hat nicht daran gedacht, etwas Neues zu bieten oder gar Reibungsflächen zu schaffen. Wollte wissenschaftliche Voraussetzungen sind es heute ein Übel. Die menschliche Erkenntnisfähigkeit ist doch an sich schon beschränkt, und ohne Hypothesen können wir nicht aus. In den katholischen theologischen Fakultäten sehen wir Hochschulen des Modernismus der Parität. Auch wir Bischöfe erkennen sie als Notwendigkeit an. Graf Horts Ausführungen waren gewiss in vornehmener Zone gehalten. Aber in Einzelheiten muß ich ihnen entgegenzutreten. Dürfte der Papst seinen Blick vorher dem preussischen Landtag mitteilen, so hätte er die anderen Staaten ebenso behandeln müssen, und die Folge wäre die Einführung eines neuen Pflichten gewesen. Verbindung zwischen Staat und Kirche ist aber notwendig. Die Mittel sind um solche bereits bereit. Sie sind vom Reichstag einstig angewiesen, in vollem Einvernehmen mit der Staatsregierung zu verhandeln. Auch bei der Besetzung der Pfarrstellen bleibt alles beim Alten. Ebenso bleiben die

Rechte der Staatsregierung unberührt. Die Kirche ist jedenfalls bemüht, Meinungen mit dem Staat möglichst zu vereinigen. Nun schloß Graf Port mit einem Appell. Darauf erwiderte ich: Die Kirche ist durchaus bemüht, ihre Maßnahmen in Einklang mit den staatlichen Gesetzen zu bringen. (Beifall.)

Prof. Dr. Müller-Warburg: Wir wollten diese Angelegenheit erst später besprechen. Nachdem Graf Port gestern fast alle Punkte berührt hat, kann ich mich auf Ergänzungen beschränken. Die evangelische Kirche wünscht in Frieden mit den Katholiken zusammenzukommen. Namentlich unser linke Flügel, der eben nach seiner Passion will sehr weichen lassen. Jesus sprach einst aus: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt; wäre mein Reich von dieser Welt, so würde ich meine Jünger darum kämpfen, daß ich den Juden nicht überantwortet werde.“ Die katholische Kirche aber kämpft nicht nur für die Güter des Himmels, sondern auch für irdische Dinge. Doch die Unversittlichkeit, die den Modernismus geistlich haben, dies aus seiner Überzeugung getan haben, beirret niemand. Die Professoren sind Staatsbeamte und leisten als solche einen Eid. Außerdem sind sie auf die Unversittlichkeit und auf die Forderungen beschränkt. Nun mein Herr, auch an drei evangelischen Fakultäten bestehen gewisse Bindungen. Aber es ist doch gemahnt, diese Dinge einander gleichzustellen. Der katholische Theologieprofessor muß alles, was er lehren will, dem Bischof vorlegen; er wird auch überdacht, sogar von seinen eigenen Schreibern. Nun fragt unsere Interpellation, was die Regierung zu tun gedenkt. Die katholischen Fakultäten werden nachher als Fremdkörper empfunden. Ob die Abberufung des Befehlens beim Papst zweckmäßig gewesen wäre, als die Sache eben anfang in Erscheinung zu treten, bleibt dahingestellt. Heute wäre sie zwecklos. Nicht nur die Trennung von Staat und Kirche. Diese Lösung würde nicht mit Freude begrüßt werden. Mögen die Evangelischen alles meiden, was dem Feuer führen könnte. Die Regierung aber rufe ich zu: Videant consules! Den Vorredner aber frage ich: Werden schließlich nicht nur noch Professoren wirfen, die den Modernismus geistlich haben?

Kardinal Kopp: Die betreffenden leisten den Eid als Geistliche, nicht als Professoren. (Beifall.)

Kultusminister v. Zott zu Solz: Der Ministerpräsident hat die Angelegenheit bereits eingehend besprochen. Seitdem ist nichts geschehen, was die Stellung der Regierung ändern könnte. Auf einiges aber aus den Bemerkungen des Professors Müller muß ich zurückkommen. Die Interpellation spielt in der Frage, ob die Regierung die katholischen Fakultäten auflösen will. Die Regierung ist nicht bereit, das zu tun. Sie ist bereit, die Unversittlichkeit alles meiden, was dem Feuer führen könnte. Die Regierung aber rufe ich zu: Videant consules! Den Vorredner aber frage ich: Werden schließlich nicht nur noch Professoren wirfen, die den Modernismus geistlich haben?

Die allgemeine Aussprache schließt.
Fürst zu Solz: Wie Westfalen danken der Regierung für die sehr einschneidenden Mittel zur Ausgestaltung der Unversittlichkeit. Dieser Schritt hätte die Regierung nicht machen dürfen, daß die außerordentlichen Professoren wenigstens nicht schiedlos gestellt sind als Gesamtschlichter.

Prof. Müller-Warburg: Das Frankfurter Unversittlichkeitsprojekt hat in Warburg Verurteilung geweckt und zur Folge gehabt, daß auf Antrag anderer Professoren auf der Professorenkonferenz zu Halle o. S. die Eingabe an den Reichstag beschlossen wurde. Die vorstehenden Mittel werden keineswegs für die Dauer genügen. Das Beste wäre schon, wenn die Sache überhaupt in Fluß kommt, eine gezielte Regelung vorzunehmen. — Der Überfüllung des Museums für Völkerkunde sollte endlich ein Ziel gesetzt werden.
Prof. Dr. Baumbach-Berlin: Die Verfassung durch eine Unversittlichkeit Frankfurt werden Warburg und Siegen gefährdet, kann ich nicht teilen. Es würde auch nichts schaden, wenn im Osten, z. B. in Posen und Danzig, neue Unversittlichkeiten entstehen.

Oberbürgermeister Wittenberg-Frankfurt a. M.: Die Verhandlungen mit dem anderen Hause über das Frankfurter Projekt habe ich nicht abgelehnt. Es handelt sich doch nur darum, die in Frankfurt bereits vorhandenen Institute auf eine gemeinsame Basis zu stellen. Warburg wird nicht gefährdet.

Prof. Dr. Köhner-Salz: Der Eingabe der Professoren der preussischen Unversittlichkeit gegen eine Unversittlichkeit Frankfurt kann ich in keiner Weise zustimmen. Die Gründung der Unversittlichkeit Frankfurt in hiesiger Weise, so kann das der Wissenschaft nur zum Heile gereichen. Wir haben ja noch lange nicht genug Unversittlichkeiten. Natürlich muß ausgeschlossen werden, daß auf die Beschäftigung der Lehrkräfte politische und soziale Parteien Einfluss erhalten, und es muß Sicherheit gegeben sein, daß die finanziellen Grundlagen der neuen Unversittlichkeit dauernd sind. Auch wenn alles an diesem Punkt tragen? Wer allein wäre erwünscht, daß die Promotionsgebühren nicht in die Tasche der Professoren fallen. Die starken Mägen in den Unversittlichkeitsbibliotheken müssen nun bald beseitigt werden. Hier hat die Regierung ihr Versprechen nicht erfüllt.

Minister v. Zott zu Solz: Ein bestimmtes Versprechen darf nicht gegeben. Die Finanzlage hindert uns, mehr für die Unversittlichkeiten flüssig zu machen.

Graf v. Bötticher: Für und gegen Frankfurt ist alles gesagt. Darum nur noch eine allgemeine Bemerkung. Man fragt über die folgenden Kommunalstellen und meint, es seien nicht genügend Stellen vorhanden, um alle Kandidaten aufnehmen zu können. Hier muß ich sagen, daß die Bürgerchaft einer Lösung reichlich Raum bietet. Die Mittel zur Verfügung stellt zu diesen Zwecken. (Sehr wahr!) Deshalb hande es ja mit der Kaiser-Wilhelm-Akademie. In Frankfurt handelt es sich lediglich um eine Veranschaulichung. Die Stiftungsuniversität Frankfurt müßte allerdings geistlich

